

ASTA info

nr. 6
9. dezember 2003

»Die Legalität des Normalzustandes wird unter den Vorbehalt des ›richtigen Funktionierens‹ der Staatsbürger gestellt.« Joachim Hirsch, 1980

Kurzhaarige mit rohen Gesichtern und bodygebuildeten Körpern in maßgeschneiderten Anzügen umgeben den Raum, massieren sich am Podium und blockieren den Eingangsbereich. Verunsicherte Professoren geben beim Pförtner vorbeugend ihre Taschenmesser ab. Der Hörsaal ist nur durch ein Spalier von Metalldetektoren und Leibesvisitationen zugänglich. Das ausgesuchte Publikum hat sich akribisch den Vorgaben des Protokolls zu unterwerfen. Herunter-

Bundesaußenminister
Fischer an der
FU Berlin

EIN GANZ GEWÖHNLICHER

AUSNAHMEZUSTAND

VON MANFRED SUCHAN

gelassene Vorhänge halten lauernde Scharfschützen ab. Abgesperrte Parkplätze verhindern das Abstellen von Bombenfahrzeugen. In den umgebenden Straßen werden parkende Autos weiträumig abgeschleppt. Halb Dahlem wird von Sicherheitsspezialisten inspiziert. An der FU herrscht der Ausnahmezustand: Joschka Fischer hält eine Rede an der Freien Universität Berlin.

Für den 22. Oktober 2003 hatte der Fachbereich Politikwissenschaft am Nachmittag nach der Immatrikulationsfeier Bundesaußenminister Fischer zu einem Vortrag an die FU eingeladen. Dies wäre kein ungewöhnliches Ereignis, wenn es nicht mit derart außergewöhnlichen Begleitumständen vom Charakter eines Ausnahmezustandes ver-

bun-
den ge-
wesen wäre. Diese
außergewöhnlichen Begleit-
umstände müssten an einer Freien
(d.h. freien) Universität einen Anachronismus
darstellen, doch in Wirklichkeit sind sie Teil ihrer Normalität.

Außergewöhnlich war schon das für diese Veranstaltung durchgeführte Anmeldeverfahren. Ausschließlich mit den Verhältnissen an der FU unerfahrene StudienanfängerInnen sowie ausgewählte Professoren, die Gewähr boten, den Redner nicht mit kritischen Fragen in Verlegenheit zu bringen, waren eingeladen worden. Wer darüber hinaus teilnehmen wollte, musste sich Tage zuvor in einem eigens eingerichteten Büro registrieren und erkennungsdienstlich behandeln lassen. Auf Fischers Veranstaltung sollte nichts dem Zufall überlassen werden.

Eine Steigerung stellten die am Veranstaltungsort getroffenen Sicherheitsvorkehrungen dar. Insbesondere junge Polizisten wurden eingesetzt, bei denen keine Kenntnis der geschichtlichen Ereignisse an der FU und der historischen Bedeutung des Henry-Ford-Baus zu



I N H A L T

Ein ganz gewöhnlicher Ausnahmezustand	1
Fragen an die protestierenden Studierenden	3
Feuer und Flamme für HWP und Bambule	6
Macht.Wissen.Schaf(f)t	8
Hamburger Verhältnisse	10
»Unglaubliche Schlampereien«	12
Der Mythos von den Leistungseliten	14

► fortsetzung von s. 1

erwarten ist. Sie bewachen einen Außenminister, der einst die handfeste Auseinandersetzung mit der Staatsmacht nicht scheute.

Geht es hierbei um den Schutz eines Politikers oder soll eine gefügige und unkritische Öffentlichkeit geschaffen werden?

Zur Führungsperson der Grünen aufgestiegen, meidet Fischer heute eine potentiell kritische und unmanipulierte Öffentlichkeit und umgibt sich mit einer privaten Schutztruppe, die ihm überall hin folgt und die jeweiligen Verhältnisse vor Ort in seinem Sinne ordnet. Diese Szenen an der Freien Universität erscheinen dem Roman »Der grüne Stern« von Hans Weigel entsprungen zu sein, sind jedoch seit langem immer wieder erneut Realität an der Freien Universität.

Ein kurzer geschichtlicher Blick zurück schafft Klarheiten: Fischers Rede reiht sich ein in eine lange Folge von Ereignissen, deren Kontinuität sich bis in die 60er Jahre verfolgen lassen. Einige seien hier genannt: Die Ereignisse der vergangenen Jahre mit Wolfgang Schäuble (13. Mai 1996), Gerhard Schröder (24. Juni 1997), Manfred Kanther (11. Februar 1998) und Jörg Schönbohm (14. Juli 1998) sind vielen noch in Erinnerung.

Selbst die offiziellen Feiern zum 50jährigen FU-Bestehen im Wintersemester 1998/99 fanden unter dem Primat des Ausnahmezustands statt. Soweit nicht nur erle-

senes Publikum vorgelassen wurde, waren die Publikumsränge mit unauffällig-dezenten Wachschildern durchsetzt, die jeden zu ergreifen drohten, der nicht dem Protokoll genügte. Die Verleihung der Ehrendoktorwürde an den Schriftsteller Salman Rushdie am 25. November 1999 stellte eine weitere Manifestation des Sicherheitswahns an der FU dar.

Einen vorläufigen Höhepunkt bildeten die studentischen Proteste des Wintersemesters 2001/02: Am 22. November 2001 ließ die Universitätsleitung eine studentische Diskussionsversammlung in Anschluß an eine studentische Vollversammlung polizeilich räumen und strengte gegen circa 100 KommilitonInnen Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs an. Trotz Absprachen mit der Universitätsleitung folgte am darauffolgenden Mittwoch, dem 12. Dezember 2001 ein regelrechter Polizeieinbruch auf FU-Studierende.

Dieser Sicherheitswahn fand seine Fortsetzung in den verdachtsunabhängigen und willkürlichen Rasterfahndungen des Wintersemesters 2001/02 sowie in Konzepten der zwangsweisen Einführung von Chipkarten und flächendeckender Kameraüberwachung. Beides wird im Moment an der TU Berlin versucht durchzusetzen, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann Chipkarten und Kameraüberwachung auch an der FU Berlin zwangseingeführt werden.

I M P R E S S U M

Das **ASTA** info wird herausgegeben vom *astafu* Otto-von-Simson-Str.23, 14195 Berlin. Per Telefon erreichbar unter 839 091-0, per Mail unter info@astafu.de. Faxen an: 831 45 36. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Aktuelle Infos gibt es jeweils unter:

www.astafu.de

Auflage: 5 000
Druck: AStA-Druck
Redaktion: Bert Buchholz, Philipp Mahltig, Manfred Suchan
Layout: Bert Buchholz

die aktuelle analyse des sozialreferats ■ no. 3

FRAGEN

an die protestierenden & streikenden

STUDIERENDEN

Für Fragen, Kritik etc.: sozialreferat@astafu.de

Liebe Studierende! Zunächst einmal: Respekt! Wer neben dem Leistungsdruck der Universität oder der harten Lohnarbeit noch darüber nachdenkt, dass mit der Wirklichkeit irgend etwas faul ist und wer dann noch die Kraft aufbringt, diese Zustände öffentlich zu thematisieren, dem gilt unsere ganze Sympathie. Studierende waren immer ein Motor für unser Land. Sie sind unsere Zukunft. An Forschung und Lehre, angehenden und fertigen Akademikern darf nicht gespart werden. Standort und Wettbewerbsfähigkeit sind in Gefahr. Wo kämen wir denn hin, wenn andere Länder besser sind als wir? Einige Nachfragen hätten wir allerdings trotzdem noch.

Ihr klagt ein, dass die Einsparungen in der universitären Bildung nicht euren Interessen entsprechen. Um diesem Interesse Geltung zu verschaffen, bedient ihr euch unter anderem dem Mittel der Meinungsfreiheit (viele von euch wollen mit den Politikern reden). Viele von euch wollen über Alternativen, über Verbesserungsvorschläge sprechen. Da fällt uns schon einmal eine Frage ein: Meint ihr etwa, dass die Regierenden bei dem, was sie gerade mit euch vorhaben, nicht nachgedacht haben? Hat der Finanzminister beim Offiziersskat gegen den Bildungsminister gewonnen? Oder hat letzterer beim Streichholzziehen den Kürzeren gezogen?! Meint ihr wirklich, dass man sie jetzt nur auf den richtigen Weg führen müsse?

Da stellt sich uns eine weitere Frage: Habt ihr jemals miterlebt, dass die Politik sich von einleuchtenden, vernünftigen Argumenten hat leiten lassen? Wir finden beispielsweise das Anliegen der hessener Studierenden, die harten Studiengebühren abzuwehren, sehr vernünftig. Solche Einschränkungen der materiellen Lebensverhältnisse sind nicht angenehm. ▶



▲ Kundgebung anlässlich des Gipfeltreffens der europäischen Bildungsminister im Rahmen des European Education Forums im September 2003

Es ist absolut nicht vernünftig, statt einen netten Urlaub in der Sonne zu verbringen Gebühren an die hessische Landesregierung zu zahlen. Bisher hat die hessische Regierung von ihrem Vorhaben aber nicht Abstand genommen. Eines kann man dem schon entnehmen: Um das Wohl der Studierenden scheint es hier nicht zu gehen.

Aber zurück zur Ausgangsfrage. Meint ihr nicht auch, dass das meinungsfreiheitliche Gespräch mit den Regierenden ganz offensichtlich kein adäquates Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen ist? Wozu sollten die demokratischen InhaberInnen der Staatsgewalt dem denn auch entsprechen? Sie haben es doch eigentlich gar nicht nötig. Wenn sie genug von euch haben, dann sagen sie einfach: »Vielen Dank! Das war eine sehr interessante Debatte, aber der Sachzwang! Tut uns leid. Schön, dass Sie da waren!« Wenn ihr dann nicht geht oder beginnt, eurem Interesse praktisch auf die Füße zu helfen, was wird dann wohl passieren? Richtig, ihr bekommt die Grenzen der Meinungsfreiheit zu spüren: Man kann zur Regierung fast alles sagen, was man will. Man kann patriotisch »Hurra« rufen, aber auch richtig schimpfen, solange das alles keine praktische Konsequenz hat. Diese

behält sich der demokratische Souverän, der ja auch die Meinungsfreiheit gewährt, dann bitte immer noch selbst vor! Wo kämen wir denn hin, wenn die Menschen ihre Lebensplanung gemeinsam in die Hände nähmen, ohne sich von anderen vorschreiben zu lassen, wie das geht!?' Wie man die Grenzen der Meinungsfreiheit dann zu spüren bekommt, wisst ihr selbst. Dafür gibt's das Strafgesetzbuch, die Staatsanwaltschaft und die für letztere arbeitenden Hilfsbeamten, die, wenn's drauf ankommt, nicht zimperlich sind und den Gummiknüppel ganz locker sitzen haben.

Noch einmal die Frage: Wieso sollten solche – im Zweifel also sehr »potenten« Menschen – denn auf euer Begehren hören, wenn ihr nichts als Worte, wenn auch sehr richtige Argumente, auf der Tasche habt?

II

Ihr meint, dass euer Anliegen ein sehr wichtiges ist. Bildung ist die Zukunft des Landes, nicht wahr? Wenn dem wirklich so ist, warum seid ihr so bescheiden? Wieso dann nicht gleich noch 20 Universitäten und 50 Schulen zusätz-

lich fordern? Und BAföG in Höhe von 1 500 pro Euro für alle hier Lebenden, egal ob deutscher Staatsbürgerschaft oder nicht? Bildung nützt doch dem Land, ist seine Zukunft! Wieso dann nicht noch den Numerus clausus abschaffen? Warum sollen Menschen nach der Schule denn explizit von Bildung ausgeschlossen sein, wenn Bildung doch so bestimmend sein soll für unser Gemeinwesen? Ist die Bildung der Universität vielleicht doch nur für eine bestimmte Anzahl von Menschen geschaffen? Und warum ist das so? Scheinen Bildung und Wissenschaft nicht vielmehr eine rein funktionale Rolle für andere Interessen zu spielen? Anders gesagt: Meint ihr wirklich, dass die Bildungsinstitutionen Schule und Universität für euch da sind? Warum gibt's dann eine Schulpflicht?

Oder bezieht ihr euch in dem Protest vielleicht doch auf euer Eigeninteresse, welches ein schönes Studium und ein angenehmes Leben drum herum einschließt? Wieso sagt ihr das dann nicht? Die Studierenden in Hessen, die sich gegen übelst harte Studiengebühren wehren, machen's vor! Wieso müsst ihr immer so tun, als wäre euer Tun auch noch nützlich für das Gemeinwesen, deren (Volks-)VertreterInnen euch doch nichts als schaden wollen? Ist es denn nicht ein Gebot der Vernunft, harte materielle Einschnitte im eigenen Leben zu verhindern beziehungsweise die Ursachen für solche Einschnitte zu erkennen und zu beseitigen? Wenn dieses Eigeninteresse nicht gewährt wird, obwohl die Mittel dafür da sind, dann ist das kein vernichtendes Urteil über euch, sondern über das in BILD, Rundfunk, Fernsehen und Kirche gepriesene Gemeinwesen!

III

Ihr meint nun, das wäre alles zu utopisch? Wieso relativiert ihr eure Interessen denn an bestehenden Zuständen? Nochmal: Wenn man ständig gezwungen wird, sein Interesse zu relativieren: Ist das nicht ein vernichtendes Urteil über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse? Sind die materiellen Güter wirklich so begrenzt, um ein angenehmes Lernen ohne den Leistungsdruck des – euphemistisch so genannten – Wettbewerbs (besser: der knallharten Konkurrenz) zu verhindern? Ohne die Nervenzusammenbrüche und Ängste in Prüfungssituationen? Ohne die Tabletten unter anderem Drogen, die man ständig schmeißt oder raucht, damit man den Druck wenigstens abmildern kann?² Wollt ihr wirklich weiterhin das auszubildende Menschenmaterial für die ökonomischen ProtagonistInnen an einem x-beliebigen Standort sein? Wobei ja noch überhaupt nicht klar ist, ob ihr mit eurer Bildung sozial teilhaben, also einen Beruf ausüben könnt! Ihr habt lediglich die Chance! Eine Chance bedeutet aber längst keine materielle Sicherheit. AkademikerInnen mit Sozialhilfe oder schlechten Jobs soll es ja auch geben, munkt man.

Meint ihr, dass diese Verhältnisse, welche die immer wieder angeführten »Sachzwänge« hervorbringen, die

euch das Leben so schwer machen, nicht grundlegend veränderbar sind? Es sind doch von Menschen gemachte Verhältnisse. Es ist banal, aber: Was Menschen tun, kann verhindert oder verändert werden, im Gegensatz zu Erdbeben oder Vulkanausbrüchen.

Für solche Veränderungen – selbst in kleinen Schritten – sind die Regierenden bestimmt keine Partner, sondern Gegner! Um die zugunsten unserer Interessen in eine Richtung zu schieben, braucht es aber etwas anderes als Gespräche und Demonstrationen. Es braucht materiellen Druck. Oder habt ihr etwa einen erfolgreichen Studierendenprotest in den letzten Jahren erlebt, der die Verantwortlichen mit Worten überzeugte und seine Interessen durchsetzen konnte? Wir nicht.

■ Weitere Literatur

Prof. Dr. Freerk Huisken, »Über die Funktionalisierung der Wissenschaft für Staats- und Geldmacht«
(<http://www.fhuisken.de/wissfunk.htm>)

■ Anmerkungen

¹ Dem möglichen Einwand, dass es Demonstrationsfreiheit gibt, lässt sich entgegnen, dass diese an die gleichen Grenzen wie die Meinungsfreiheit stößt. Demonstrieren heißt ja nicht: Veränderung. Sondern durch die Gegend latschen und dann wieder nach Hause gehen. Ein Blick ins Versammlungsgesetz genügt, dann wisst ihr, woran ihr seid!

² Nichts gegen einen genüsslichen Drogenkonsum!



BB

FEUER & FLAMME

FÜR HWP UND BAMBULE!

■ Solidaritätserklärung mit der Hamburger
Universität für Wirtschaft und Politik

VOM ASTA DER TU BERLIN

Vom 20. bis zum 25. Oktober 2003 veranstaltete der ASTA der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) eine Protest- und Aktionswoche.

Anlass sind horrende Kürzungen von Seiten der Regierenden, welche unter anderem die Schließung der HWP beinhalten. Die HWP ist ein einmaliges Beispiel im deutschen Bildungssystem; 40 Prozent der Studierenden werden auch ohne Abitur zugelassen. Aber nicht nur in der

Hamburger Hochschullandschaft wird gestrichen, vielmehr ist der gesamte Sozial- und Kulturbereich der Hansestadt betroffen. Diskriminierung und forcierte Ausgrenzung – ob nun Einzelpersonen oder alternative Projekte betreffend – gehören zum Politikverständnis des Hamburger Senats.

Die Situation ist erstaunlich ähnlich zu der in Berlin. Wenn manch eineR denken mochte, es macht einen Unterschied, welche Partei schaltet und waltet, denen sollten spätestens jetzt die Schuppen von den Augen fallen: ob SPD/PDS oder CDU/FDP/Schill, sie handeln für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Herrschaftssystems, dessen Priorität im Wettbewerb der Nationen um wirtschaftliche Standortattraktivität liegt.

Ein Trugschluss und eine Lüge, dass der Aufschwung kommen wird, wenn »wir jetzt nur alle den Gürtel enger schnallen«. Falls überhaupt, wird der Aufschwung als allerletztes bei denen bemerkbar sein, die jetzt dafür verzichten sollen. Denn mit »alle« sind vor allem jene gemeint, deren existenzielle Lebenssicherung von ArbeitgeberInnen oder staatlichen Hilfen abhängig ist. Abhängig, weil nur denen, welche dem »ersten« Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen – also prinzipiell eher mehr erwirtschaften als benötigen – ein Recht auf soziale Leistungen zugestanden wird. JedeR wird gezwungen mitzumachen (mindestens durch Lebenshaltungskosten, Steuerabgaben, ...) – ungefragt, ob sie/er sich so in die Gesellschaft einbringen möchte.

So ergibt sich auch der eigentliche Zweck von Bildung für die Allgemeinheit: eine schnelle Ausbildung »guter« Arbeitskräfte – also Menschen, die stillschweigend ackern und die Notwendigkeit, auch für die kleinste Bedürfnisbefriedigung bezahlen zu müssen, unhinterfragt akzeptieren.

Der sogenannte Sozialstaat mit seinem humanitären Anspruch muss zurückstecken, wenn die Konkurrenz um maximale Wertumsetzung größer wird. Wo die Menschen bleiben, interessiert nicht wirklich. Können wir uns dieses System noch leisten?

Schließungen, Kürzungen, Ausgrenzung sind kein Fortschritt der Menschen in der Organisation ihres Zusammenlebens. Universitäten öffentlicher Trägerschaft haben nicht den Zweck, Herrschaft und Uniformierung innerhalb der Gesellschaft zu unterstützen. Unser Auftrag als Forschende, Lernende und Lehrende ist das kritische Hinterfragen, das Analysieren des Ganzen und das (Wieder-)Finden von Modellen, Konzepten und Lösungen – auf technischer wie auch gesellschaftswissenschaftlicher Ebene. Die Entscheidung, welche Wissensgebiete relevant für eine Gesellschaft sind, ist nicht anhand der derzeitig desolaten Haushaltslage der Regierungskassen zu treffen. Die Zusammenstreichung der Universitäten zum bloßen Zweck der wirtschaftlichen Rentabilität tragen wir als AstA der TU Berlin nicht mit.

Für den Bestand der HWP! Für eine offene Uni – Sozialabbau nirgends!



TERMINE

- 9.12. 08.00 Uhr: Kritik der Entwicklungs-
idee (U-Bhf. Breitenbachplatz)
FB LAI, Lateinamerika-Institut
- 10.30 Uhr: VV Silber-/Rostlaube
(HS1b)
- 12.00 Uhr: VV LAI
- 12.00 Uhr: VV am JFK (R. 340 im
JFK-Institut)
- 10.12. 18.00 Uhr: Globalisierung und ihre
Kritiker (Silberlaube, JK 27 /106)
(Pfau)
- 11.12. 18.30 Uhr: Histo Kino zeigt: »Sola-
ris« von Andrej Tarkowskij (FSI Ge-
schichte), Friedrich Meinecke Institut,
Koserstraße 20, Hörsaal B
- Bundesweiter Aktionstag gegen Stu-
diengebühren, dezentral, überall, In-
fos kommen noch
- 12.12. 10.00 Uhr: Podiumsdiskussion
Audimax (TU) Thema: allgemeine Si-
tuation an den Hochschulen, derzei-
tige und zukünftige Bildungspolitik
- 16.12. 10.00 Uhr: Konsumgeschichte –
Geschichte des Kaufhauses
(im KaDeWe)

20–22.1.2004 Stupa-Wahlen

Links:

www.streikzentrale.de.vu
www.allefueralle.tk
www.t-uni-b.de
www.astafu.de

VON »DENKEN STATT LERNEN«

MACHT.WISSEN.SCHAF(F)T

»Legitimerweise kann es [...] nur die Kritik der Wissenschaft geben...«
Max Horkheimer

Liebe Erstis! Der folgende Text soll eine Begrüßung der etwas anderen Art darstellen. Wir möchten darin einige Fragen aufwerfen, die mit eurem Studium und eurer Hochschule zu tun haben. Über eine anschließende Debatte würden wir uns äußerst freuen.

Endlich! Der Schule (mehr oder weniger erfolgreich) entronnen! Die alte Beziehung hinter sich gelassen. Neue Kontakte knüpfen, FreundInnen finden, vielleicht sogar die große Liebe? Soll's ja auch geben: Im Studium. An der Uni. In der WG, der Kneipe. In Berlin! Es scheint, als würde sich einiges ändern, man begibt sich in einen neuen Lebensabschnitt. Meinen auch manche Eltern, die beim Studium immer von der schönsten Zeit des Lebens reden und sich vielleicht bei diesen Worten auch noch mal verliebte Äuglein machen. Nun bist Du also auch am Anfang dieses schönen Lebens und stehst auf

eigenen Füßen. Suchst nach einer Wohnung, im alternativen Prenzl- oder Kreuzberg. Und in der Uni? Sie hat einiges zu bieten. Überall stecken Freiheit, Aufklärung und Erkenntnis drinnen. Bildung und Wissenschaft – im Dienste und zum Voranschreiten der Menschheit sollen sie sein. Und jeder von uns sollte doch seinen Teil dazu beitragen, nicht wahr? Als LehrerIn, JuristIn, PolitologIn, BiologIn, ÄrztIn, PhilosophIn, PhysikerIn, TheaterwissenschaftlerIn, GenderforscherIn, PsychologIn usw. Ist doch so, oder?

Wäre schön ...

... ist aber leider dann doch nicht so. Wären Bildung und Wissenschaft wirklich wichtig für das derzeitige menschliche Zusammenleben, dann könnte es ja gar nicht genug davon geben! Merkwürdigerweise gibt es aber ausgebildete



AkademikerInnen, die auf der Straße sitzen, Taxi fahren oder Blätter im Park aufsammeln. Mit anderen Worten: Die wissenschaftliche Bildung taugt eigentlich nix für ihr Leben bzw. für die Gesellschaft, in der sie leben. Das gilt selbstverständlich auch für Menschen, die ihren Abschluss nicht an der Universität, sondern an der (Fachhoch-) Schule oder in einem Betrieb gemacht haben. Sie sind voller Wissen, haben sicherlich jede Menge kluge Gedanken, aber irgendwie reicht's doch nur für die Sozialhilfe. Oder eine Umschulung, also die weitere Aneignung von Wissen, welche aber meist nur Beschäftigungstherapie bis zur nächsten Arbeitslosigkeitsphase bedeutet.

Merkwürdig auch, dass wissenschaftliche Erkenntnis immer wieder gegen Menschen eingesetzt wird. Da werden Menschen aufgrund eines von ausgebildeten JuristInnen ausgedachten Ausländergesetzes in Staaten abgeschoben, wo sie mit Sicherheit kein schönes Leben führen können, sie vielleicht sogar der Tod erwartet. Entwickelte Energiegewinnungsformen wie die Kernkraft werden zu Massenvernichtungswaffen und diese dann in Hiroshima und Nagasaki verwendet. Oder trotz des Wissens über die Gefahren zur Gewinnung von Strom benutzt. Biologische Erkenntnis wird zur Sortierung von Menschen in Rassen verwendet; man beachte dazu auch (den rassistischen) Artikel 3 des deutschen Grundgesetzes. Psychologische Therapien biegen den Menschen bei, wie sie mit ihrem Elend klarkommen können, erklären letzteres zu ihrem persönlichen Schicksal, klären also nicht, wieso es Elend gibt. Eine physikalisch-ballistische Erkenntnis zeigt auf, wie man mit einer Schusswaffe noch zielgenauer das Herz eines Menschen trifft. Und im Fach »Internationale Beziehungen« am Fachbereich Politologie wird gelehrt, wie man ein nationales Interesse am besten natürlich ganz diplomatisch, aber kaum nicht-erpresserisch und vor allem nicht gewaltfrei gegen andere nationale Interessen in Stellung bringt; mit allen materiellen Folgen für die Unterlegenen. Oder mit dem in Wissenschaftsstätten entwickelten Giftgas Zyklon B werden Menschen in den Tod geschickt.

Klar, jetzt könnte der Einwand kommen: Das ist doch Schwarzmalerei. Dafür können doch die WissenschaftlerInnen erst einmal nichts. Die haben doch nur ganz wertfrei geforscht. Die Wissenschaft kann doch nix dafür. Und sie ist doch noch viel mehr als die aufgeführten Beispiele, denn da kommt ja auch noch einmal was Gutes herum! Das stimmt schon. Wir sind auch alles andere als fortschrittsfeindlich eingestellt und möchten weder Elektrizität, noch die Möglichkeit zum Beispiel von Bluttransfusionen, noch das Internet oder die Mikroelektronik missen!

Aber auch hier finden wir wieder merkwürdiges. Trotz des enormen technischen und geistigen Voranschreitens, also der Möglichkeit, Produkte wesentlich effizienter herzustellen und die Versorgung besser zu gewährleisten, leiden viele Menschen in den bestehenden gesellschaftli-

chen Verhältnissen. Sie werden nicht satt oder leben unter materiell stark eingeschränkten Bedingungen. Also scheint ihnen der Fortschritt gar nicht zugute zu kommen. Patent-, Urheber und Markenrecht geben ein weiteres Indiz dafür her.

Da stimmt doch was nicht...

... könnte einem in den Kopf schießen. Finden wir auch. Die Gründe für diese auftretenden Widersprüche scheinen aber nicht aus der Wissenschaft selbst erklärbar. Insofern ist der oben erwähnte Einwand, dass die WissenschaftlerInnen beispielsweise nichts für die Atombombe können aus moralischem Standpunkt richtig. Aber: Ist die Wissenschaft deswegen schon von vornherein völlig wertfrei? Oder ist sie nicht vielmehr ganz bestimmten gesellschaftlichen Zwecken unterworfen? Und sind diese wirklich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert? Führt man sich die oben aufgezeigten Beispiele noch einmal vor Augen, dann scheinen sich die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse, das heißt die gesellschaftliche Erhaltung des menschlichen Lebens, weniger an den Bedürfnissen ihrer Mitglieder zu orientieren, vielmehr vielleicht an der Profitabilität an einem Markt.

An welchen Bedingungen ist Bildung und Wissenschaft geknüpft? Werden dort nicht Menschen (aus)sortiert? Dass es dabei nicht gerade menschenfreundlich zugeht, wisst ihr doch noch von der Schule: Bei schlechter Leistung gab's eine Sechse, statt den fraglichen Sachverhalt noch einmal zu erklären, bis er verstanden wird! Ähnlich – und das werdet ihr ja noch erleben – geht's in der Universität zu, wobei hier noch anzumerken ist, dass durch die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen die schon vorhandene Sortierung eine Verschärfung erfahren hat. Dass dem dabei entstehenden Druck viele Menschen nicht standhalten können, wird auch billigend in Kauf genommen. Wenn ihr bei eurem Studium von den ersten Nervenzusammenbrüchen, Medikamentensucht und Psychotherapien eurer KommilitonInnen hört oder selbst solche Erfahrungen macht (die euch aber hoffentlich erspart bleiben), dann finden wir das jedenfalls ziemlich kritikabel und es wert, dem ganzen auf den Grund zu gehen.

Wir könnten jetzt noch viel mehr schreiben, zum Beispiel zu geplanten Studiengebühren oder -konten, zur Wissenschaftsfreiheit, zu Modularisierung usw. usf. All das und viel viel mehr gehört nämlich zu einer Kritik von Bildung und Wissenschaft. Wir wollen euch auch nur einen klitzekleinen Einblick in eine spannende Frage geben. Sollten Ihr Interesse an weiterer Diskussion zu Bildung und Wissenschaft haben, dann kommt doch einmal zu einem Treffen.

■ Informationen

<http://www.astafu.de/septemberproteste>

VON CHRISTIAN SAUERBECK

HAMBURGER VERHÄLTNISS



Umbruch-Bildarchiv

So überschrieb »Der Spiegel« seine Titelgeschichte rund um »Sex, Lügen und Politik«. Schills Entlassung wurde bundesweit mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, Bürgermeister Ole von Beust war der strahlende Sieger, einige wenige fragten nach den tatsächlichen Zuständen im Hamburger Rathaus: Sollte von Beust wirklich einen Freund auf den Senatorenposten gehievt haben?

Studierende in Hamburg können sich über den Rauswurf Schills freuen, den Fortbestand des Rechtssenats betrauern oder vielleicht auch ein wenig gefährden, aber eines können sie nicht: Die Verwunderung teilen, mit denen die Nation nach Hamburg blickt. Gerade in Sachen Hochschulpolitik war sehr schnell klar, dass von Seiten dieses Senats hauptsächlich Klüngel, Erpressung und Wirtschaftshörigkeit zu erwarten sind. Den Machthabern unbequemen Trubel verursachen ein paar Skandalgeschichten um Nebentätigkeiten und Pöstchen, die politischen Skandale aber finden nirgends Beachtung.

So begann die erkennbare Tätigkeit unseres Wissenschaftssenators Jörg Dräger – ehemals Unternehmensberater und Chef einer privaten Elitehochschule – im Frühjahr 2002 bezeichnenderweise mit einer geheimen

»gemeinsamen Absichtserklärung«, dem sogenannten Letter of Intent (LOI). Darin sollten sich die HochschulpräsidentInnen gegenüber dem Senat verpflichten, die Arbeitsergebnisse einer erst noch zu bildenden Strukturkommission zur Reformierung der Hamburger Hochschulen umzusetzen. Einzige Gegenleistung: Der Senat würde drei Jahre nicht noch mehr an den Hochschulen sparen als bislang die SPD-Regierung, sofern die Einnahmen des Landes nicht unerwartet geringer ausfielen. So unverschämt die Erpressung war, so vehement fiel der Protest vieler Studierender aus. Ergebnis des Ganzen: Die Präsidentin der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) kündigte an, den LOI nicht unterschreiben zu wollen, tat es aber später dennoch. Nur einen Tag darauf untersagte der Akademische Senat dem Universitätspräsidenten das Unterschreiben des LOI in der vorliegenden Form. Eine Woche später stellte Senator Dräger die erste Version des Hochschul »modernisierungs« gesetzes vor. Das wiederum zog einen von 191 ProfessorInnen unterschriebenen offenen Brief nach sich, in dem diese den Entwurf des neuen Hamburger Hochschulgesetzes ablehnten. Universitätspräsident Lütjke unterzeichnete derweil heimlich die Endversion des LOI und rief anlässlich einer

entsprechenden Besetzungs- und Streikaktion zum ersten Mal seit Jahrzehnten die Polizei auf den Campus. Daraufhin entzog eine studentische Vollversammlung Lütjhe das Vertrauen und forderte ihn zum Rücktritt auf. Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) leitete ein Verfahren zur Abwahl ihres Präsidenten ein, das mit zwei fehlenden Stimmen knapp an der notwendigen Dreiviertelmehrheit scheiterte. Immerhin verweigerte die HAW die Zustimmung zum LOI, bis seitens der Behörde für Wissenschaft und Forschung bei Fortsetzung dieses Verhaltens die Finanzierung aller Hamburger Hochschulen in Frage gestellt wurde.

Die Zusammensetzung der Strukturkommission entsprach düstersten Ahnungen (ein Who's Who neoliberaler Hochschulreformer und Kapitalvertreter samt Quoten-GeisteswissenschaftlerInnen, angeführt vom leicht senilen, offensichtlich ex-rötlichen Ex-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi), doch selbst die schlimmsten Befürchtungen wurden problemlos von den Ergebnissen übertroffen.

Die Hauptarbeit haben, so steht es freimütig im Vorwort des 122-seitigen Kommissionsberichts, die »Kolleginnen und Kollegen« von McKinsey gemacht. Darüber hinaus trat die Kommission immerhin zweimal zusammen. Um die »Empfehlungen« der Dohnanyi-Kommission einordnen zu können, bedarf es eines kleinen Exkurses in den merkwürdigen Sumpf von Wirtschaftsliberalismus und konservativ bis stark angebräunter Ideologie:

Recht bald nach seinem Amtsantritt präsentierte der CDU/Schill/FDP-Senat ein Stadtentwicklungskonzept namens »Leitbild: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt«, das in enger Zusammenarbeit mit der Handelskammer erdacht wurde. Kern der »Zukunftsvision«: Wie Individuen und Unternehmen müssen sich auch Städte in der Konkurrenz gegeneinander durchsetzen. Also sollte Hamburg attraktiv werden für Investoren, will junge KarrieristInnen und Familien locken. Alte, Arbeitslose und Flüchtlinge hingegen muss man wegentegrieren, verstecken oder vertreiben.

In dem Senatspapier werden einige zukünftige »Wirtschaftsschwerpunkte« genannt, in denen Hamburg besonders wichtig werden will. Genau die hat nun die Dohnanyi-Kommission direkt übernommen und bezieht sich auch in ihrem Bericht mehrfach offenherzig auf die »Wachsende Stadt« als Maßstab der Hochschulentwicklung. Aus den erwünschten Wirtschaftsschwerpunkten wird ganz schnell eine Arbeitsmarktprogno­se für das Jahr 2012 (!), und schon hat die Kommission auch den exakten Absolventenbedarf ermittelt. GeisteswissenschaftlerInnen und KünstlerInnen braucht eigentlich keiner mehr so richtig, dafür müssen unheimlich viele Ingenieur- und NaturwissenschaftlerInnen her. Soweit ganz einfach; nur dumm, dass die Berechnungen für 2012 insgesamt mehr AbsolventInnen fordern als bisher. Was ist zu tun? Ganz klar: Wir erhöhen die »Studienerfolgsquote«. Effizientere Produktion fachlich qualifizierter Arbeitskräfte. Außerdem

setzen wir mal fest, dass ein konsekutives Bachelor- und Master-System ganz schnell Diplom und Magister ablöst, wegen der Internationalisierung. Zusammen mit allgemeinen Studiengebühren, der Zusammenfassung von Fachbereichen und ähnlichem Kleinkram ist die reformerische Glanzleistung perfekt. Konkrete »Empfehlungen« wie die Eingliederung der HWP in die Universität, die Streichung von 50 Prozent der sprach- und kulturwissenschaftlichen Studiengänge und exakt vorgegebene Quoten für jene glückliche Elite, die zusätzlich zum Bachelor gar noch ein Masterstudium draufsetzen darf, riefen den verzweifelten Protest der wenigen hervor, die erstens noch nicht völlig abgebrüht sind und zweitens einen Bezug zu den Hochschulen haben.

Der Universitätsleitung fällt vor allem auf, dass die Kommission grob unwissenschaftlich gearbeitet hat und man daher noch einmal neu rechnen müsse; Präsident Lütjhe findet einen integrierten Bachelor eigentlich besser und hätte schon ganz gerne noch ein bisschen Kultur und Geist. Die HWP ist vor allem beleidigt, weil sie trotz ihrer tollen Studienerfolgsquote der Uni zugeschanzt werden soll. Sollte es etwa Schwierigkeiten geben? Keine Panik, zunächst mal wird Detlef Müller-Böling, Leiter des »gemeinnützigen« Bertelsmann-Ablegers CHE (Centrum für Hochschulentwicklung) und Kommissionsmitglied, der Moderationsprozess zur Zusammenführung von Uni und HWP in Aussicht gestellt. Der Rest geht ganz einfach, weiß Dräger: Wenn die nette Tour nicht zieht, muss man halt wieder plump erpressen. So werden zum Beispiel einfach keine Professuren mehr besetzt, wenn es keine gesetzliche Grundlage für die Wünsche des Senators gibt. Argumente der Betroffenen sind dabei nicht gefragt.

Unterdessen wurde im Mai das Hochschul »modernisierungs« gesetz verabschiedet. Neben Strafgebühren für »Langzeitstudierende« und jene, die ihren ersten Wohnsitz außerhalb der »Metropolregion« haben, besticht es besonders durch herausragende Leistungen im Bereich der Entdemokratisierung. Ein Hochschulrat soll nun über die Ausrichtung und »Profilbildung« der Hochschule entscheiden, der Präsident wird noch mächtiger und die Selbstverwaltungsgremien entmachtet. Ganz nebenbei hat der wissenschaftspolitische Sprecher der Schill-Fraktion, Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft »Germania«, eine zusätzliche Verschärfung in Sachen »politisches Mandat« der Verfassten Studierendenschaft eingebracht und würde am liebsten AStA-Vorsitzende persönlich zur Rechenschaft ziehen, wenn sie sich über Dinge äußern, die keinen unmittelbaren studentischen Bezug haben.

Was wir im Bereich der Hochschulpolitik exemplarisch erleben durften, ist kein Einzelfall in Hamburg. In fast allen Bereichen zeigt die fröhliche Koalition von Profitinteresse, law-and-order, Vetternwirtschaft, und Populismus, was in ihr steckt. In Hamburg derzeit besonders offensichtlich, aber prinzipiell genauso in Berlin und anderswo. ■

VON MANFRED SUCHAN (HOCHSCHULREFERAT DES ASTA FU)

»UNGLAUBLICHE SCHLAMPEREIEN«

Kommentar zu den
Vorwürfen des RCDS



BB

Die Studierendenvertretungen würden »un glaubliche Schlamperereien« wie »Sexseminare und Kubareisen« mit dem Geld ihrer KommilitonInnen unternehmen, skandiert »Der Spiegel« in seiner online-Ausgabe vom 29. September 2003 und beruft sich dabei auf den Braunschweiger RCDS. Daraufhin fiel es der Taz nicht schwer, in einem Interview vom 8. Oktober 2003 der Bundesvorsitzenden des RCDS die Forderung nach Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft zu entlocken. Mehrere Asten weisen in einer gemeinsamen Pressemitteilung die Vorwürfe als »peinlich«, »sachlich falsch«, »haarsträubend« und als »pauschale Verleumdung« zurück.

Was wird da eigentlich so wortgewaltig den Asten zur Last gelegt, gegen das diese sich vehement zur Wehr setzen? Worin liegt ihr eigentliches Vergehen? Bei näherem Hinsehen handelt es sich bei den inkriminierten Veranstaltungen um selbstorganisierte Projekte, Initiativen, Arbeitsgruppen und Seminare von Studierenden, die die Asten um Unterstützung ersuchen. An manchen Universitäten bieten die Asten auch einen logistischen Rahmen für

studentisches Engagement und organisieren Projektwochen, oder Alternativunis wie z.B. in diesem Sommer an der Universität Potsdam. Oder sie geben Alternative Veranstaltungsverzeichnisse heraus, wie an der TU und der FU Berlin, in denen Studierende ihre Veranstaltungen anbieten können und so eine Öffentlichkeit erhalten.

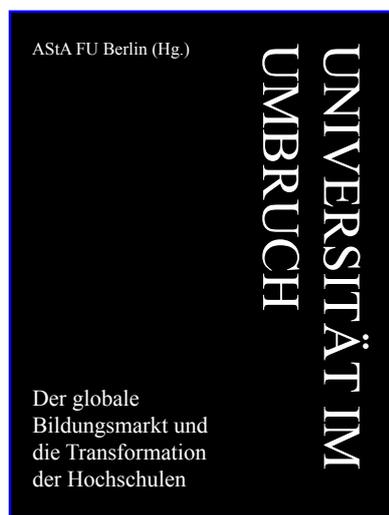
Es stellt sich hier die Frage, wie es überhaupt dazu kommt, dass Studierende zunehmend mit dem Wunsch nach Unterstützung eigener, alternativer Veranstaltungen an die Asten herantreten, und nicht an die Universität. Das führt zum eigentlichen Kern des Problems. Denn nicht nur an der Freien Universität hat sich der Lehrbetrieb über die Jahre hinweg grundlegend verändert. Insbesondere während er Amtszeit von FU-Präsident Peter Gaehtgens hat es massive Kürzungen bei nicht genehmten Studiengängen und bei Tutorienprogrammen gegeben. Zudem geht den Studierenden durch die Verschärfung von Studien- und Prüfungsordnungen und durch die zunehmende Reglementierung und Einschränkung jeglicher eigenständiger Gestaltungsspielraum innerhalb ihres Studiums verloren. Die Studierenden erfahren die Universität zunehmend als

einen Ort, an dem sie entmündigt und bevormundet werden, sich aber nicht wiederfinden. Diese Entwicklungen lassen den Wunsch nach selbstbestimmten Freiräumen, nach mehr Freiheit zum Lernen, nach Alternativen zum etablierten Lehrbetrieb verstärkt an anderer Stelle aufkommen. Die Abwicklung des Projektstudienprogramms der Freien Universität, aber auch die Einstellung von studentischen Orientierungswochen, von Erstsemestertutorien, von semesterbegleitenden Orientierungskursen und studentischen Studienberatungen auf Fachbereichsebene haben Lücken geschaffen, die nirgends sonst mehr abgedeckt werden. Gerade in den Gesellschaftswissenschaften wie zum Beispiel der Psychologie, Soziologie oder Politologie hat der Wegfall der freien, autonomen Tutorienmodelle, die in ihrer Tradition bis auf die Gründungsphase der Freien Universität zurückgehen, das Studium grundlegend verändert und die Möglichkeit, sich innerhalb des Regelstudiums eigenständig zu engagieren, für die Studierenden stark eingeengt. Die Studierenden fühlen sich mit den Problemen, denen sie in zunehmendem Maße an der Universität ausgesetzt sind, alleine gelassen. Sie müssen immer wieder die Erfahrung machen, dass sie innerhalb der bestehenden Strukturen, in den Gremien mit ihren institutionalisierten professoralen Sitzmehrheiten nichts für sich bewirken können. Aus dieser Erfahrung heraus entwickeln sie Formen der Selbstorganisation – als Protest und als Widerstand, aber auch zur Gewinnung von Freiräu-

men, um Alternativen zu entwickeln. Der AStA unterstützt sie dabei. Die Asten sind so zunehmend gefordert, Aufgaben zu übernehmen, die eigentlich die Universität abzudecken hätte, denen diese sich jedoch zunehmend entzieht. So sieht die »Veruntreuung von studentischen Geldern« aus, die zum Vorwurf gemacht werden soll.

Den Asten, die sich diesen Anliegen der Studierenden annehmen, Veruntreuung von Mitteln und Missbrauch ihrer Aufgaben vorzuwerfen, ist nicht nur unredlich, sondern auch sachlich falsch. In Berlin regelt zum Beispiel § 18 des Berliner Hochschulgesetzes die Aufgaben der Verfassten Studierendenschaft. Unter anderem ist es Aufgabe der Studierendenvertretungen, die Meinungsbildung innerhalb der Gruppe der Studierenden zu ermöglichen, zu hochschul- oder wissenschaftspolitischen Fragen Stellung zu nehmen, die politische Bildung und die Bereitschaft der Studierenden zur aktiven Toleranz sowie zum Eintreten für die Grund- und Menschenrechte zu fördern, kulturelle, fachliche, wirtschaftliche und soziale Belange der Studierenden wahrzunehmen, die Integration ausländischer Studierender zu fördern, den Studierendensport zu fördern – also alles Regelungen, die ein Engagement der Studierendenvertretungen in diesem Bereich unterstützen und zum Teil sogar explizit einfordern. Auch sieht § 18 des Berliner Hochschulgesetzes weiter die Pflege überregionaler und internationaler Studierendenbeziehungen vor. ■

Anzeige



AStA FU Berlin (Hg.)
**Universität im
Umbruch**
Der globale Bildungsmarkt
und die Transformation
der Hochschulen

AStA-FU 2003, Berlin
Hochschulpolitische
Reihe Band 11
ISBN 3-926522-22-4
194 Seiten, 6 Euro

Der Diskurs um und an den Universitäten dreht sich längst nicht mehr um Demokratisierung, vielmehr findet eine autoritäre Formierung statt. Die vorhanden, wenn auch marginalen Mitbestimmungsrechte nicht nur der Studierenden werden geschleift, die Macht konzentriert sich zunehmend in den Händen von Rektoren und Präsidien. Der Versuch, diese autoritären Leitungsformen in den Hochschulen durchzusetzen, entspricht dem Funktionswandel, dem die Universitäten derzeit unterliegen.

Das fordistische Gesellschaftsmodell, das diese hohen Bildungs- und Sozialleistungen beinhaltet, neigt sich jedoch mittlerweile endgültig dem Ende zu und reißt die Universitäten mit sich. Mit dem Sparzwang als Moralknüppel wird nun die marktförmige Steuerung nahezu aller bisher öffentlich-staatlich organisierten Lebensbereiche forciert - Gesundheitswesen, Rentenversicherung, Müllabfuhr und auch das Bildungswesen. Das neoliberale Versprechen besserer Effizienz und Kostenersparnis verschleiert dabei nur notdürftig die Hoffnungen auf Profite, die sich diverse Anbieter in allen Bereichen machen.

Woher die Profite im Bildungsbereich kommen sollen, ist bereits ausgemacht: Rückmeldegebühren, Langzeitstudiengebühren, Studienkonten und ähnliche Maßnahmen gewöhnen die Studierenden langsam an ihren Status als zahlende Kunden der universitären Dienstleister.

Die letzten Reste jeder Art von Bildungsideal werden damit aus den Hochschulen hinausgefegt. Mit der Herauslösung der Universität aus dem staatlichen Sektor und ihrer Integration in die Sphäre der Kapitalverwertung reduziert sich ihr Sinn endgültig auf die Produktion verwertbarer Waren - in Form von AbsolventInnen mit modular genormten, am Arbeitsmarkt orientierten Kenntnissen ohne zusätzlichen „Wissensballast“. Diesen Prozess zu verstehen, ihn von verschiedenen Seiten zu beleuchten und Perspektiven des Widerstandes aufzuzeigen ist Sinn dieses Sammelbandes.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei:
Allgemeiner Studierendenausschuß (AStA) der Freien Universität Berlin,
Otto-von-Simson-Str. 23 (ehemals Kiebitzweg 23), 14195 Berlin
Tel.: (030) 839091-0, Fax: 831 45 36, E-Mail: info@astafu.de

www.astafu.de

VON SIIRI ANDERSON

DER MYTHOS VON DEN LEISTUNGSELITEN

Eine Rezension

Durch die Bildungsreform Ende der 60er Jahre gelang es der Politik, höhere Bildung breiten Bevölkerungsschichten der BRD zugänglich zu machen. Ziel dieser sozialen Öffnung des Bildungswesen war die Chancengleichheit: Jede/r sollte die Möglichkeit haben, sowohl innerhalb der Gesellschaft, als auch in die gesellschaftliche Elite aufzusteigen.

Soziale Ungleichheit innerhalb des Bildungssystems war somit der ausschlaggebende Faktor für die selektive soziale Rekrutierung der Elite in Deutschland. Eine Auffassung, die der Mainstream der deutschen Elitenforschung, unter anderem Dahrendorf und Hoffmann-Lange vertritt. Soziale Herkunft wird hierbei jedoch kein einziges Mal in Verbindung mit dem Zugang zu Elitepositionen gebracht.

In einer somit einzigartigen Untersuchung analysiert der Soziologe Michael Hartmann in seinem Buch »Der Mythos von den Leistungseliten« den Zusammenhang sozialer Herkunft promovierter Personen und deren Zugang zu den Eliten.

Er hinterfragt die vorherrschende Auffassung, die die ungleiche Bildungsbeteiligung als alleinigen, ausschlaggebenden Grund für die Besetzung von Spitzenpositio-

nen sieht. Des weiteren untersucht Hartmann die Auswirkungen der Bildungsexpansion: Er geht der Frage nach, ob diese, wie von der funktionalistischen Elitetheorie (Dahrendorf) angenommen, zu einer Angleichung der Karrierechancen geführt hat.

Um diese Fragen zu beantworten, verfolgt Hartmann die Lebensläufe aller promovierten JuristInnen, IngenieurInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen der Promotionsjahrgänge 1965, 1975 und 1985, indem er die soziale Herkunft, die Ausbildungswege und die beruflichen Karrieren (in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft – den zentralen Machtpfeilern der heutigen Gesellschaft) vergleicht.

Die Promotion ist der höchste und somit sozial selektivste Bildungsabschluss der BRD und gilt als unverzichtbar für eine Karriere in der höheren Justiz, Wissenschaft und Wirtschaft.

Schlussfolgernd heißt dies, dass ein ArbeiterInnensohn, der diese Hürde der Promotion mit viel Fleiß überwunden hat, die gleichen Chancen im beruflichen Leben haben muss, wie ein Sohn aus dem Großbürgertum. Denn, wie von der funktionalistischen Elitetheorie angenommen,



Michael Hartmann: Der Mythos von den Leistungseliten.
Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in
Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft
Frankfurt am Main, New York, 2002, 208 Seiten, 19,90 Euro

von dem neoliberalen Denken vertreten und von vielen Firmen vielfach zelebriert, ist Leistung der entscheidende Faktor in der beruflichen Karriere. Jeder kann den sozialen Aufstieg durch seine individuelle Leistung schaffen. Der Zugang zur Elite, der Leistungselite steht jedem offen.

Diesem Mythos von den Leistungseliten geht Hartmann einleitend mit einer ausführlichen Auseinandersetzung mit dem Begriff Elite und der neoliberalen Ideologie der Leistungsgesellschaft auf den Grund.

Überraschend ist dabei die Feststellung Hartmanns, dass die Majorität der SozialwissenschaftlerInnen in der deutschen Eliteforschung die Ideologie der Leistungsgesellschaft, welche von Wirtschaft und Politik ständig reproduziert wird, in keinster Weise hinterfragt. Es wird angenommen, dass Leistung das alleinige Selektionsmittel in den oberen Etagen der Wirtschaft, Justiz und Wissenschaft ist; aber diese Annahme wird nicht empirisch belegt.

»Die Chemie muss stimmen« ist immer wieder eine Begründung von TopmanagerInnen bei der Wahl einer Person für eine Topposition. Als TopmanagerIn möchte man die mit einer hohen Position verbundenen schwierigen Aufgaben einer Person anvertrauen, die möglichst so handelt, wie man selbst. Mit anderen Worten: ausschlaggebend für die endgültige Entscheidung bei der Besetzung einer hohen Führungsposition sind die, durch das soziale Milieu bedingte Eigenschaften, der Habitus.

Die Auswertung der Daten jener drei Promotionsjahrgänge ergeben das gleiche Bild: Die soziale Herkunft bildet, trotz gleicher Voraussetzungen, also gleicher Leistung – in diesem Fall der Dokortitel, eine zweite Hürde in der beruflichen Karriere.

Ausgenommen ist die Wissenschaft und Justiz, in welcher ein demokratisches Element dank der formalisierenden Ausleseverfahren zum tragen kommt. In begrenzten Rahmen ist dort somit ein beruflicher Aufstieg unabhängig der sozialen Herkunft möglich.

Letztendlich hatte die Bildungsreform der deutschen Hochschulen der 60er Jahren nicht zu einer sozialen Öffnung des Zugangs zu den Eliten geführt.

Dieses sicherlich überraschende Ergebnis der Untersuchung Hartmanns verleitet leicht dazu, die »noch vorhandene« Bildungspolitik der sozialen Öffnung in Frage zu stellen oder sie gar als ineffektiv und unnötig abzustempeln. Eine solche Haltung legitimiert nach Hartmann jedoch die soziale Ungleichheit und verfestigt zugleich die vorhandenen Machtstrukturen. Auch wenn die Bildungspolitik nur zum Teil soziale Ungleichheit reduzieren kann, so verhindert sie immerhin »soziale Ungleichheit zu zementieren oder gar zu verstärken«.

Ohne Zweifel nimmt Hartmanns Buch »Der Mythos von den Leistungseliten«, eine Sonderstellung in der deutschen Eliteforschung ein. Der leicht kritische Unterton, sowohl im einleitenden Kapitel, als auch in den beiden letzten Kapiteln, mögen manchem/r KritikerIn als verfehlt vorkommen oder gar als typische neoliberale Kritik abgetan werden.

Doch die sorgfältig und gründlich recherchierten und ausgewerteten Daten machen dieses Werk wissenschaftlich »unschlagbar« und vor allem schlecht zu ignorieren. Nun bleibt nur noch offen, was mit der Information anzufangen ist. Hartmann belegt zwar empirisch genau und kritisiert treffend, doch Ansätze beziehungsweise Visionen für einen Ausweg aus der Problematik der Ungleichheit auf Grund sozialer Herkunft fehlen. ■

Anzeige

X-berg.de



Portal für Gesellschaftskritik

x-berg.de ist eine unabhängige und interaktive Plattform zur Verbreitung und Diskussion gesellschaftskritischer Nachrichten und Beiträge.

<http://x-berg.de>

Themen:

Rassismus, Antisemitismus, Sexualpolitik, Faschismus, Globalisierung, Staat & Kapital, Innere Sicherheit, Bio-Technologie, New Economy, Bevölkerungspolitik, vieles mehr und natürlich alles, was Ihr wollt.

Behindertenberatung

Telefon: 838 56 203
 Fax: 838 56 354
 Mi: 13⁰⁰-18³⁰
 E-Mail: andra@zedat.fu-berlin.de
 Raum K 30/31 (Rostlaube), Habelschwerdter Allee 45,
 14195 Berlin

BAföG-Beratung

Telefon: 839 091-12
 Di 10⁰⁰-15⁰⁰
 Mi 11⁰⁰-16⁰⁰
 Do 10⁰⁰-15⁰⁰

Sozialberatung

Telefon: 839 091-13
 Mi 11⁰⁰-16⁰⁰
 E-Mail: sozialberatung@astafu.de

AusländerInnenberatung

Telefon: 839 091-17
 Mo 11⁰⁰-15⁰⁰
 Mi 11⁰⁰-15⁰⁰
 Online: <http://www.auslaenderinnen.de/beratung.htm>
 E-Mail: beratung@auslaenderinnen.de

Hochschulberatung

Telefon: 839 091-13
 Fr 11⁰⁰-16⁰⁰
 E-Mail: hochschulberatung@astafu.de

Heinzelmännchen-Beratung

Telefon: 831 60 71
 Mo 13³⁰-16⁰⁰
 Di 13³⁰-15³⁰
 Mi 10³⁰-12³⁰, 13⁰⁰-16⁰⁰

Bietet Beratung und Hilfe bei Diskriminierungsfällen im Zusammenhang mit der studentischen Arbeitsvermittlung Heinzelmännchen oder bei Lohnbetrug durch die von Heinzelmännchen vermittelten Arbeitgeber.

ES EMPFIEHLT SICH, IM ASTA-BÜRO (TEL.: 839 091-0, MO-FR 10⁰⁰-18⁰⁰ UHR) ANZURUFEN UND DIE AKTUELLEN TERMINE ZU ERFRAGEN.

ASTA-BERATUNGEN

Lesbisch-feministische Information und Service (LIS)

Telefon: 839 091-22
 Do 14⁰⁰-16⁰⁰

Frauenberatung

Telefon: 839 091-23
 Mi 14⁰⁰-16⁰⁰

Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderberatung

Telefon: 839 091-18 (Anrufbeantworter vorhanden)
 Fr 13⁰⁰-17⁰⁰
 Online: <http://www.gaycampus.de/beratung.html>
 E-Mail: schwulenberatung@gaycampus.de

Rechtsberatung

Telefon: 839 091-0
 Fr 16⁰⁰-18⁰⁰
 Keine telefonische Beratung, keine MieterInnenberatung. Vorherige telefonische oder persönliche Anmeldung im AstA erforderlich.

Soweit nicht anders angegeben, finden alle Beratungen in der AstA-Villa, Otto-von-Simson-Str. 23 (gegenüber Mensa II in der Silberlaube) statt.

Politikwissenschaftliche Referate und Diskussionen

veranstaltet vom Sozialreferat des AstA FU Berlin

Referent: **Werner Pfau** (freier Autor, Bremen)
 Rost-/Silberlaube JK 27/106, Habelschwerdter Allee 45
MITTWOCH | 10.12.2003 | 18:00 UHR

DIE GLOBALISIERUNG UND IHRE KRITIKER

VON DER EMPÖRUNG ÜBER DIE STANDORTPOLITIK DES STAATES ZUM GLAUBEN AN DESSEN 'EIGENTLICHE' AUFGABEN